

SHORT NEWS

Dem Mobilitätskollaps entgegenwirken

Jüngste Studien belegen: Bei mobilitätspolitischem „business as usual“ wird Luxemburg-Stadt im Jahre 2020 pro Tag 617.000 Verkehrsbewegungen mit privaten Autos verbuchen - das wären rund 50 Prozent mehr als noch 2003 gemessen. Verkehrsschöffe François Bausch will sich auch nicht durch „billige populistische Angriffe“ seitens der Opposition davon abbringen lassen, den Modal-Split zugunsten der „mobilité douce“ und des öffentlichen Verkehrs zu verbessern, denn die im Stadtzentrum gemessenen Stickoxid-Werte lagen in letzter Zeit mehrfach über den zulässigen Grenzwerten. Dass es bei der Anlage von Busspuren, dem Fahrradverleihsystem und ähnlichen Vorhaben organisatorische Probleme geben kann, ist auch Bürgermeister Helminger bewusst. Die auch aus den eigenen Reihen vernehmbare Kritik wertet er eher als Ansporn, die verschiedenen Vorhaben weiterzuerfolgen und zu verbessern. „Es ist doch erstaunlich zu sehen, wie viel Werbeaufwand derzeit betrieben wird, um den Leuten das Auto schmackhaft zu machen“, so ein sichtlich aufgewühlter Paul Helminger beim City Breakfast. Glück (oder Pech?) für die Verkehrspolitik der Hauptstadt, dass die neuen Decaux-Fahrrad-Werbeflächen fristgerecht zum Autofestival bereit standen, um kräftig die Autowerbetrommel rühren zu können.

Voie libre pour l'euthanasie

Une fois n'est pas coutume, le Luxembourg est parmi les pays qui innovent. Ce mardi, après avoir voté à l'unanimité le projet de loi sur les soins palliatifs, la Chambre des députés a donné son feu vert à la dépenalisation de l'euthanasie. Pourtant, l'issue du vote était incertaine jusqu'à la dernière minute, les fractions parlementaires ayant libéré leurs députés de la contrainte de groupe. Finalement, 30 députés se sont prononcés en faveur de la proposition de loi des députés Lydie Err (LSAP) et Jean Huss (Verts), 26 contre et trois se sont abstenus (les socialistes Jean-Pierre Klein, Bim Diederich et Jos Scheuer). Nancy Kemp-Arendt a été la seule députée CSV à avoir voté pour. L'ADR était partagé : si Robert Mehlen et Gast Gibéryen ont dit non, Jacques-Yves Henckes a voté oui. Les libéraux et les verts étaient unanimement en faveur du texte. L'indépendant Aly Jaerling a pour l'occasion rejoint la droite, arguant qu'il refuse que quelqu'un « puisse décider de ma mort ». Mais peut-être n'a-t-il tout simplement pas compris le principe de l'euthanasie.

woxx@home

Der Mann an der Brücke

„Wer kennt diesen Mann?“, diese Frage machte am Donnerstag letzter Woche in der woxx die Runde. Kurz vor Redaktionsschluss war ein USB-Stick im Sekretariat abgegeben worden - mit einem Porträtfoto namens IMG_6185.JPG drauf. Zuerst dachten wir, es sei ein beim woxx-Fotografen bestelltes Bild. Doch zu welchem Artikel? Ein bekannter Euthanasiebefürworter war es jedenfalls nicht, und ein Gegner ... Ob sich wohl ein typischer Euthanasiegegner so elegant kleidet? Es hätte auch ein Foto zum Autofestival-Beitrag sein können, vielleicht ein Garagist vor einer Autobahnbrücke. Ob man diesem Mann einen Wagen abkaufen würde, auch hierüber waren sich die woxxies nicht einig. Schließlich eine Idee: Vielleicht hatte man uns ein Foto des wirklichen Bommelees zugespielt? Wir überlegten, einen Schuss ins Blaue abzufeuern und das Porträt als Coverfoto mit der Zeile „Ich wars!“ zu bringen. Das haben wir dann doch sein gelassen. Zum Glück, denn tags darauf stellte sich heraus, dass es sich beim mysteriösen „Mann an der Brücke“ um José Alfaro Gómez, den Gesprächspartner im Interview in dieser Nummer, handelt.

AKTUELL

KENIA

„Es geht um Reiche und Habenichtse“

Interview: Richard Graf

Wahu Kaara weilte diese Woche auf Einladung der ASTM in Luxemburg. Die Vorsitzende des Kenya Debt Relief Network kandidierte bei den Wahlen im Dezember, deren Ergebnis die gewalttätigen Unruhen auslöste.

Was hat die Situation in Kenia zum kochen gebracht?

Wir sprechen von einem „backlash“, einer Wiederkehr der ungelösten grundsätzlichen Probleme, die Kenia seit seiner kolonialen Vergangenheit kennt. Dieser backlash ist die Folge der Entmündigung der Mehrheit der Kenianer. Ein Zustand, der von den britischen Kolonialherren initiiert und anschließend von der afrikanischen Führungselite perfektioniert wurde.

Trifft die Darstellung zu, wonach vor allem unterschiedliche Volksgruppen sich gegenseitig bekämpfen?

Es stimmt, dass die Übergriffe sich entlang ethnischer Grenzlinien darstellen lassen. Aber diese Gruppen stehen auch jeweils für die Politik, die von einzelnen Führern in der Vergangenheit verfolgt wurde. So stehen die Kikuyus für Kenyatta, die Kalenjins für Arap Moi. Wenn die Gruppen sich gegenseitig angreifen, dann bedeutet das ein Aufeinanderprallen von Interessen, die unser Land jahrzehntelang politisch, wirtschaftlich und sozial in die Irre geführt haben. Die führende Elite benutzt diese Gruppen, um ihre Konflikte untereinander auszufeuchten.

Wieso funktioniert dieses Prinzip des „teile und herrsche“ immer wieder?

Vor allem, weil vielen nicht bewusst ist, dass es um einen Konflikt zwischen den Reichen und den Habenichtsen geht. Die Reichen, genau wie die Armen, kommen aus allen Ethnien. Die Reichen der unterschiedlichen Gruppen leben in schönster Harmonie untereinander. Die Habenichtse leben auch zusammen - allerdings in Slums. Nur macht man ihnen weis, dass ihre Schwierigkeiten einzig auf die ethnische Zugehörigkeit des jeweiligen Präsidenten zurückzuführen seien.

Welche Möglichkeiten haben die Basisorganisationen, um sich dem entgegenzustellen?

Die „grassroots“-Bewegung sieht dem Ganzen nicht tatenlos zu. Es gibt einen ganzen Wirtschaftszweig, von dem niemand spricht, der aber für das Leben der Menschen ausschlaggebend ist: die informelle Solidarwirtschaft. Sie erfasst alle jene Menschen, die von der Marktwirtschaft ausgeschlossen sind. Die Globalisierung hat den Trend zum Ausschluss großer Teile der Bevölkerung noch verstärkt. Die informelle Wirtschaft hingegen schließt niemanden aus. Hier sehen wir als soziale Bewegung eine Alternative.

Lässt man dem informellen Sektor denn überhaupt eine Chance?

Natürlich versucht man uns zu unterdrücken. Aber, wie das Beispiel der Frauenbewegung in Kenia zeigt, wird immer wieder mit neuen Ideen versucht, der Lebenssituation der Menschen gerecht zu werden. Manche Modelle, wie das Kleinkreditwesen, werden ja mittlerweile von großen internationalen Institutionen nachgeahmt. Spätestens seit die sozialen Grunddienste im Rahmen der so genannten Strukturanpassungsprogramme ausgedörrt wurden, hat sich ein System der sozialen Versorgung auf Basis der gegenseitigen direkten Solidarität etabliert.

Gibt es eine Perspektive für politische Reformen?

Mich stimmt optimistisch, dass der Konflikt in Kenia weniger mit dem Wahlausgang von 2007 zu tun hat, als mit der Ausgestaltung der Übergangszeit, die wir jetzt brauchen. Wir müssen herausfinden, welches für Kenia der richtige Weg ist. Es geht darum, bis zum Wahlgang 2012 ein neue Verfassung in Kraft zu setzen, die nicht in britischen Amtsstuben geschrieben wurde. Das Gerüst dazu steht: Schon 2004 wurde die „Bomas Draft“ unter Beteiligung der Zivilgesellschaft verabschiedet. Die politische Elite hat immer wieder versucht, diese Vorschläge von der Tagesordnung zu streichen - jetzt müssen sie diese endgültig zur Kenntnis nehmen.